

53. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 20. März 2019

Top 12: In ganz Europa: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

Antrag
der Fraktion der SPD

Drucksache 17/5373

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/5479

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Troles. – Jetzt spricht Frau Schneider für die FDP-Fraktion.

Susanne Schneider (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, ist denn schon wieder Wahlkampf? Diese Frage kommt mir unweigerlich in den Kopf, wenn ich mir den SPD-Antrag näher anschau. Traditionell läuten die Genossinnen und Genossen immer dann ein soziales Quartal ein, wenn wieder ein Urnengang ansteht. Offenbar will man hier

jetzt etwas Europawahlkampf betreiben. Dabei ist das Thema „Entgeltgleichheit von Frauen und Männern“ viel zu wichtig, um es einfach für den Wahlkampf zu instrumentalisieren.

Der allgemeine Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern liegt – wir haben es gehört – bei rund 21 %. Bereinigt liegt er aber nur noch bei 6 %. Die Gründe dafür sind komplex und vielschichtig.

Sicher sind sich alle demokratischen Fraktionen einig, dass sich dies ändern muss. Der große Unterschied liegt jedoch in der Herangehensweise, mit der wir die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern erreichen wollen. Für uns Freie Demokraten bedeutet die berufliche Gleichstellung inklusive der gleichen Bezahlung jedenfalls nicht Gleichmacherei. Daher habe ich kein Verständnis dafür, dass auf Bundesebene Gesetze wie das Entgeltgleichheitsgesetz weiterentwickelt werden sollen, die an der Lebenswirklichkeit vorbeischießen und den Unternehmen quasi auch noch unterstellen, diskriminierend zu handeln. Das ist ein überflüssiger Eingriff in die Marktwirtschaft. Vor allem ist es auch wenig hilfreich für Männer und Frauen, die in Unternehmen mit weniger als 25 Mitarbeitern arbeiten.

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wie ich hier im Hause bereits mehrfach ausgeführt habe, ist eine bedarfsgerechte Betreuungsinfrastruktur für unsere Kinder ein wesentlicher Faktor. Es ist nämlich bisher nicht gelungen, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Beruf und Familie für alle Geschlechter gleichermaßen unter einen Hut zu bringen sind. In NRW sind Christdemokraten und FDP nun mit der Unterzeichnung des Pakts für Kinder und Familien einen großen Schritt weitergekommen.

(Beifall von der FDP)

Mit diesem Meilenstein fließen jedes Jahr 1,3 Milliarden Euro zusätzliche Mittel in den Ausbau unserer Kitas. Dieses Geld dient auch zur Flexibilisierung der Kita-Öffnungszeiten. Berufstätigen werden ganz andere Chancen eröffnet, wenn die Kita-Öffnungszeiten auch auf die Randzeiten des Tages oder auf Samstag ausgeweitet werden. Bei Bedarf muss – unter Berücksichtigung der pädagogischen Konzepte – auch eine Kinderbetreuung während der Nacht möglich sein.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer großer Erfolg der NRW-Koalition ist, dass ab diesem Jahr in jedem Regierungsbezirk mit Modellkommunen nicht nur der Girls‘ Day und Boys‘ Day durchgeführt wird, sondern auch zusätzliche, mehrtägige Akademien. Damit können wir bei Mädchen und bei Jungen einen Denkanstoß, vielleicht auch einen Mentalitätswandel unterstützen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Paul?

Susanne Schneider (FDP): Nein, ich möchte gern fortfahren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie möchten durchsprechen und die Frage nicht zulassen. Bitte.

Susanne Schneider (FDP): Nicht Rollenzugehörigkeit, sondern Talent, Neigung und Fähigkeiten sollten doch für die Berufswahl ausschlaggebend sein. Auch sonst müssen wir uns von verkrusteten und tradierten Normvorstellungen befreien, die längst nichts mehr mit dem gesellschaftlichen Alltag zu tun haben, und die Barrieren im Kopf überwinden.

Für eine tatsächlich gelebte Gleichstellung können und müssen wir auch die Digitalisierung nutzen und andere Arbeitskonzepte neu denken: flexiblere Arbeitszeitmodelle, mehr Home-Office-Plätze oder eine Teilzeitausbildung für Alleinerziehende. Ein Zertifizierungsverfahren nach isländischem Modell halte ich in unserem Land für nicht geeignet. Für mich klingt das nach einem unkalkulierbaren, gefräßigen Bürokratiemonster.

Ebenso bin ich davon überzeugt, dass faire Beurteilungsrichtlinien ein funktionierendes Mittel sind, um das Grundprinzip der Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern im öffentlichen Dienst zu sichern. Der eine oder andere wird sich vielleicht daran erinnern, dass bei einer Befragung in meinem Heimatkreis, in Unna, festgestellt wurde, dass die Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen eher im niedrigen Marginalbereich lagen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Dieser Antrag der SPD zeigt mal wieder sehr schön, welches Frauenbild bei Ihnen vorherrscht: Nach Ihrem Verständnis können Unterschiede nur an der Ungerechtigkeit des Systems und an der Bevormundung von Frauen liegen. Dass tatsächlich Sie diejenigen sind, die bevormunden, indem Sie den Lebensentwurf der Vollzeitberufstätigkeit als den einzig richtigen darstellen, vergessen Sie hierbei aber. Entscheidet sich eine Frau aus eigenen Stücken,

Familienarbeit vor Erwerbsarbeit zu priorisieren, ist das genauso zu respektieren, wie wenn ein Mann diese Entscheidung trifft.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir alle müssen die unterschiedlichen Lebensentwürfe in ihrer Vielfalt respektieren und wertschätzen. Und wir alle müssen die Hindernisse bekämpfen, die der Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung einer jeden Frau im Wege stehen, ohne dabei ihre Individualität aus den Augen zu verlieren. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneider. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Paul.